

# Ostdeutscher Antisemitismus: Wie braun war die DDR?

Von **Micha Brumlik**

Der Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 und damit an Jom Kippur des Jüdischen Jahres 5780, dem höchsten jüdischen Feiertag, kostete nicht nur zwei Menschen das Leben, sondern markiert obendrein einen Wendepunkt in der Geschichte der Bundesrepublik. Dabei war dies keineswegs der erste antisemitische Anschlag mit tödlichen Folgen. Schon in der frühen Bundesrepublik waren Hakenkreuzschmierereien nicht selten, und im Jahr 1969 deponierten ausgerechnet am 9. November Mitglieder der linksradikalen Tupamaros eine Bombe im Jüdischen Gemeindezentrum West-Berlins, die wegen einer überalterten Zündkapsel glücklicherweise nicht detonierte. Doch am 13. Februar 1970 starben schließlich sieben Mitglieder der Jüdischen Gemeinde München, Holocaustüberlebende, bei einem Brandanschlag; und zehn Jahre später, am 19. Dezember 1980, wurden in Erlangen der jüdische Verleger Shlomo Lewin und seine Frau Frida Poeschke aus antisemitischen Motiven kaltblütig erschossen.

Gleichwohl markiert der Anschlag von Halle einen Wendepunkt, weil er symbolisch geradezu übercodiert war: Bei dieser Zielwahl konnte es keinen Zweifel daran geben, dass es in erster Linie um Juden und das Judentum ging; ungeachtet des Umstandes, dass der Täter auch homophob, islamophob und nicht zuletzt zutiefst frauenfeindlich eingestellt ist. In seinem Falle kam zusammen, was fast immer zusammengehört: Hass auf selbstbewusste Frauen, auf Homosexuelle, Migranten und Muslime sowie vernichtender Hass auf jüdische Menschen, die jüdische Religion und die jüdische Kultur. All das getrieben von der paranoiden Wahnidee, Juden wollten die „weiße Rasse“ durch Unterstützung von Homosexualität und Frauenrechten zum Aussterben bringen und durch Förderung von Immigration „umvolken“.

Kriminologisch und kriminalistisch liegen hier keine Rätsel vor: Nimmt man die Echokammern des Netzes hinzu – das haben inzwischen auch die Sicherheitsbehörden bis in die Bundesregierung hinein verstanden –, ist bekannt und geklärt, woher diese Mordlust kommt. Ebenso wie in Christchurch und Oslo, Utøya und Pittsburgh sind die Täter vereinsamte weiße Männer in ihren Zwanzigern, sogenannte Incels („involuntary celibataires“, unfreiwillige Zölibatäre), die ihren Lebens- und Partnerschaftsmiss Erfolg in eine Mordtat umwandeln, um sich selbst zu spüren und von anderen überhaupt bemerkt zu werden. Es dürfte mehr als ein Zufall sein, dass

just einen Tag nach dem Anschlag in Halle der Film „Joker“ mit Joaquin Phoenix in den deutschen Kinos anlief, der von genau diesem neuen Täter-typus handelt.

Indes: Halle war nicht der Anfang bzw. „bloß“ die Mordtat eines verirrten Vereinsamten. Vielmehr zeigt sich, dass dieser Anschlag nicht nur eine allgemeine Spätfolge des okzidentalen Judenhasses sowie des deutschen Nationalsozialismus ist, sondern auch ein Resultat der politischen Kultur der untergegangenen DDR. Ein genauerer Blick auf die Vorgeschichte des Judenhasses speziell im östlichen Teil Deutschlands belegt, dass jedenfalls „Halle“ – unbeschadet der Geschichte des Judenhasses in der alten, nach-nationalsozialistischen West-Republik – einen tiefsitzenden Vorlauf in der ehemaligen DDR und damit in den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes hatte. So wurden im Stalinismus Juden als „Kosmopoliten“ und „Zionisten“ verfolgt – beides galt in der frühen DDR mit ihren vielen Remigranten, zumal „Westemigranten“, als Ausgrenzungskriterium für politische Teilhabe.

Während in der Bundesrepublik die sogenannte Aufarbeitung – von „Bewältigung“ lässt sich in keiner Hinsicht sprechen – schleppend, aber immerhin doch seit dem von Fritz Bauer eingeleiteten ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess in Gang kam, ließ die Führung der DDR zwar in ihren Anfängen einige ehemalige Nationalsozialisten anklagen, verurteilen und sogar erschießen, ja sie beteiligte sich sogar am Frankfurter Auschwitz-Prozess (namens siebzehn in der DDR lebender Überlebender und mit Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul als Nebenkläger), um aber gleichwohl beinahe alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder in Partei, Staatsdienst und Wirtschaft zu integrieren. Dabei operierte sie stets nach dem Motto: „Die Partei vergibt, aber sie vergisst nicht.“ Damit aber wurden alle ehemaligen Nationalsozialisten zu erpressbaren und damit umso leichter kontrollierbaren, willfährigen Funktionsträgern.

Und dennoch – oder ebendeshalb – existierte in der DDR eine noch immer nicht ernst genommene antisemitische Szene, die von der Staatssicherheit teils argwöhnisch beobachtet, teils geheimdienstlich genutzt wurde. Das belegt penibel – bis auf das letzte Vorkommnis – die noch immer und skandalöserweise viel zu wenig rezipierte Studie des Berliner Historikers Harry Waibel, die 2017 unter dem Titel „Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR“ erschien. Waibel, der sich vor allem aus 2000 als „streng geheim“ klassifizierten Quellenmaterialien (nicht zuletzt des „Ministeriums für Staatssicherheit“) informiert hat, kann schon zu Beginn seiner Studie mitteilen: „Aus etwa 2000 unveröffentlichten Archivmaterialien belege ich etwa 9000 neonazistische, rassistische und antisemitische Propaganda- und Gewalttaten. Die Anzahl neonazistischer Vorfälle liegt bei etwa 7000; und etwa 725 Vorfälle betreffen Rassismus und 900 Straftaten sind antisemitischer Natur, wovon etwa 145 die Schändungen jüdischer Friedhöfe und Gräber betreffen. Bei über 200 gewalttätigen Angriffen wurden durch Pogrome und pogromartige Angriffe tausende Personen aus über 30 Ländern verletzt und mindestens 10 Personen wurden zum Teil in Lynchjustiz getötet. [...] Die Angriffe wurden in den allermeisten Fällen von jünge-

ren Männern durchgeführt und fanden in über 400 Städten und Gemeinden der DDR statt.“<sup>1</sup>

### **Jüdisches Leben in der DDR »in der Falle der Loyalität«**

Wer aber war diese jüdische Gemeinde, wer waren die Juden in der DDR, gegen deren Gotteshäuser und Friedhöfe sich diese Gewalttaten richteten?

Grundsätzlich bestand die zahlenmäßig kleine jüdische Bevölkerung der DDR bis auf wenige Ausnahmen, die etwa in Berlin untergetaucht waren,<sup>2</sup> aus meist remigrierten, politisch überzeugten Sozialisten und Kommunisten. Sie waren von der Motivation getrieben, ein neues, besseres Deutschland aufzubauen. Hinzu kamen jene, die in „gemischten Ehen“ den Nationalsozialismus in Deutschland überlebt hatten.

Dabei befanden sich nicht wenige in einer Situation, die als freiwillig eingegangene „Falle der Loyalität“ (Anette Leo) gelten kann: Bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung mit den Zielen des SED-Staates wollte dieser Personenkreis im Einzelnen zwar durchaus Kritik üben, verhielt sich aber dennoch linientreu, ob der vermeintlichen Gefahr aus dem Westen und der angenommenen Bedrohung des sozialistischen Experiments wegen. Freilich konnte auch die selbst auferlegte Loyalität nicht verhindern, dass spätestens ab 1952 – im Zuge einer von den Spitzen von Staat und Partei paranoid wahrgenommenen, aus der Tschechoslowakei und der UdSSR übernommenen Angst vor „Zionisten“ – jüdische Mitglieder der SED beinahe aller verantwortlichen Parteifunktionen enthoben wurden. Das bedeutete allerdings nicht, dass sie oder ihre Körperschaften – etwa Jüdische Gemeinden – existenziell bedroht waren. „Die DDR-Bürger jüdischer Herkunft, ob sie der Gemeinde angehörten oder nicht, genossen jedoch ein Maß an Toleranz, das ihnen erlaubte, sich in die Gesellschaft zu integrieren“, stellt Mario Keßler in seiner Studie „Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz“ fest.<sup>3</sup>

Tatsächlich bildeten die jüdischen Bürgerinnen und Bürger der DDR eine Art staatstragendes, wenn auch kritisches Bildungsbürgertum, das jedoch systematisch von jedem politischen Einfluss ferngehalten wurde – und dies auch akzeptierte. Zu konstatieren bleibt: Die Lage der Juden in der DDR war – im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen der DDR – durch die Gleichzeitigkeit einer gewissen sozialen Privilegierung mit verordneter politischer Ohnmacht sowie grundsätzlicher Loyalität zur SED-Parteiherrschaft gekennzeichnet – bei gleichzeitiger, freilich beinahe nur privat ausgedrückter Distanz zur konkret ausgeübten Herrschaft der Partei. Im Ergebnis lässt sich diese Grundhaltung als „distanzierter Konformismus“ bezeichnen.

Angesichts dessen ist es aufschlussreich, sich der „Entnazifizierung“ in der DDR zuzuwenden. Harry Waibel berichtet, dass die wieder auferstan-

1 Harry Waibel, *Die braune Saat: Antisemitismus und Neonazismus in der DDR*, Stuttgart 2017, S.10.

2 Marie Jalowicz-Simon, *Untergetaucht. Eine junge Frau überlebt in Berlin 1940-1945*, Frankfurt a. M. 2014.

3 Mario Keßler, *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*, Berlin 1995, S. 151.

dene KPD bereits 1945/46 in Abstimmung mit der KPdSU dazu übergang, zwischen „aktiven“ und „nominellen“ Nazis zu unterscheiden, um den Letzteren so Karrierewege in der DDR zu öffnen. Entsprechend forderte Wilhelm Pieck auf einer Sitzung des Parteivorstandes der SED im Oktober 1947 die Aufnahme ehemaliger „nichtbelasteter“ Mitglieder der NSDAP in die SED, um sie für den Kommunismus zu gewinnen. Ähnlich äußerte sich auch SED-Chef Walter Ulbricht. Im Februar 1948 erklärt er auf einer Konferenz der Innenminister der Länder: „Wir wissen, dass ihr Nazis ward, wir werden aber nicht weiter darüber sprechen, es kommt auf euch an, ehrlich mit uns mitzuarbeiten. Unsere Beurteilung wird nicht mehr von dem Standpunkte erfolgen, nominell oder nicht nominell, sondern der Bewährung in der Aufbauarbeit.“<sup>4</sup> Entsprechend kamen sogar höchste Funktionäre der FDJ aus Führungskreisen der HJ. Nicht anders stand es um Führungskräfte des kurzlebigen „Dienst für Deutschland“, der fast ausschließlich mit Funktionären des nationalsozialistischen „Reichsarbeitsdienstes“ besetzt war.

Ihren Höhepunkt und Abschluss fand die „Entnazifizierung“ in der DDR Ende Juni 1950 mit den „Waldheimer Prozessen“, während derer über 3000 Personen verurteilt wurden (darunter 33 zum Tode) und woraufhin der 3. Parteitag der SED feststellte, dass „die Wurzeln des Faschismus“ in der DDR ausgerottet seien. Dementsprechend verabschiedete die Volkskammer im November 1952 das „Gesetz zur staatsbürgerlichen Gleichstellung der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere und NSDAP-Mitglieder“.

### Rechte Traditionen und das Ausbleiben von »68«

Mit dieser staatsbürgerlichen Gleichstellung der Nazis und der angeblichen Ausrottung der „Wurzeln des Faschismus“ war jedoch der realexistierende Nationalsozialismus keineswegs beseitigt. Doch während über die „antizionistische“ Außenpolitik der DDR, das heißt ihre feindselige Stellung gegen den Staat Israel, heute beinahe alles bekannt ist, gilt dies weit weniger für die Geschichte des organisierten und auch nichtorganisierten Neonazismus in der DDR.

Gemeinhin werden neonazistische Gewalttaten auf das Ende der DDR datiert, etwa die antivietnamesischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im September des Jahres 1991. Dabei hatten genau diese Gewalttaten und Haltungen einen mehr als dreißig Jahre währenden Vorlauf. „Das MdI registrierte im Jahr 1960 ca. 3000 neonazistische und ca. 600 antisemitische Schmierereien“, stellt Harry Waibel fest. „In mehreren Bezirken gab es neonazistische Gruppen (16 bis 22 Jahre), die sich ‚Kampfbund nationalsozialistischer Erneuerer des großdeutschen Reiches‘ oder ‚Faschistische Lehrlingspartei‘ nannten. [...] Organisierte und unorganisierte Nazis waren hervorstechende Akteure und sie blieben es bis zum Untergang der DDR“,<sup>5</sup> lautet daher Waibels Fazit. Dabei war von der Unterwanderung der Volks-

4 Waibel, Die braune Saat, a.a.O., S. 65.

5 Ebd., S. 114.

polizei und der NVA durch bekennende Nationalsozialisten noch gar nicht die Rede.

Was die Aufarbeitung der eigenen NS-Geschichte anbelangt, weist die ehemalige DDR im Vergleich zur alten Bundesrepublik zudem ein erhebliches Manko auf: die durch systemisch verursachte Zwänge ausgebliebene Kulturrevolution der späten 1960er Jahre, die in den Ländern des Westens von der Westküste der USA bis in die westliche Hälfte des geteilten Berlin reichte. Zwar gab es auch in der DDR protestierende Stimmen gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings, zu einer wie auch immer gearteten Massenbewegung konnte es dort jedoch nicht kommen. Gewiss fingen auch Kirchengemeinden ab 1968 allmählich an, auch des 9. Novembers 1938 zu gedenken, doch waren dies bis gegen das Ende des ostdeutschen Staates allenfalls vereinzelte Aktionen.

So war es etwa an den Universitäten der DDR undenkbar, gegen jene Professoren zu protestieren, von denen bekannt wurde, dass sie einstmals überzeugte und auch politisch organisierte Nationalsozialisten waren. Ein Protest, der im Westen vielfache, auch höchst widersprüchliche Formen annahm: von extremistischen und mörderischen Formen der „Stadtguerilla“ – etwa der RAF um Andreas Baader und Ulrike Meinhof – bis hin zu lokalen Laienhistorikerorganisationen, die sich der Überreste der einstigen jüdischen Gemeinden und ihrer Vernichtungsgeschichte annahmen.

Nicht, dass es derartige Bestrebungen nicht auch in den Kirchen der DDR gegeben hätte – indes erreichten sie nie die gleiche Reichweite wie im Westen, was auch davon herrührte, dass der Anteil der kirchlich gebundenen Anteile der Bevölkerung in der DDR sehr viel kleiner ausfiel. Hinzu kam, dass die Anzahl jüdischer Ortsgemeinden in der DDR wie die Zahl ihrer Mitglieder – eventuell mit Ausnahme Ostberlins – noch deutlich geringer war als im Westen, wo es vor den 1980er Jahren niemals mehr als etwa 30 000 Jüdinnen und Juden gab. Aus all diesen Gründen wurde das Thema des jüdisch-christlichen Dialogs in der DDR, etwa auf den dortigen Kirchentagen, sehr viel kleinformatiger behandelt als im Westen.

### **Neonazis anno 1989**

Heute ist die allgemeine Empörung groß, angesichts der AfD-Parolen: „Vollende die Wende“ bzw. „Wende 2.0: Revolution mit dem Stimmzettel“. Gänzlich unbegründet ist diese rechtsradikale Forderung, die „friedliche Revolution“ von 1989 fortzusetzen und sogar zu beenden, allerdings nicht. Denn: Neonazis waren in nicht ganz unerheblichem Ausmaß an den Montagsdemonstrationen seit dem Oktober 1989 beteiligt. Und auch hier gilt: Immer wieder Halle! Schon im September 1989 wurden dort faschistische Symbole geschmiert, kam es zur Gründung einer Ortsgruppe der „Republikaner“, wurden ausländische Studenten gewalttätig angegriffen, während im Dezember 1989 Skinheads lautstark „Wiedervereinigungsparolen“ grölten.

In der Oktober-Ausgabe der „Blätter“ hat die Psychoanalytikerin Annette Simon eine tiefenpsychologische Analyse des Verhältnisses von „1989“ und der AfD vorgelegt und dabei zu Recht festgestellt, dass der Alltag der DDR vom „Fortwirken und der ständigen Neukonsolidierung autoritärer hierarchischer Strukturen“ geprägt war.<sup>6</sup> Die daraus entstehende Wut äußerte sich jedoch nicht im Mitgefühl für die Opfer des Faschismus, sondern – im Gegenteil – durch Wut gegen den, wie Simon schreibt „aufgepfropften“ Antifaschismus (und heute gegen die von Politikern aus dem „Westen“ aufgepfropfte Migration).

Dass diese mit Blick auf die aktuelle Konjunktur der AfD so luzide Analyse mit Blick auf den grassierenden Antisemitismus der DDR – deren „antizionistische“, staatliche Variante oben bereits erörtert wurde – zu kurz greift, belegt das in 2019 publizierte neue Buch der 1960 geborenen Ines Geipel. In ihrem neuen Werk „Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass“ geht es der ehemaligen Weltklasse-Sprinterin der DDR, die – nach Flucht in den Westen und Studium in Darmstadt – derzeit Professorin für Verskunst an der Berliner Schauspielschule Ernst Busch ist, nicht nur um die Trauer ob ihres verstorbenen Bruders, sondern mindestens so sehr um das Fortwirken von Nationalsozialismus und Antisemitismus in der DDR – ein Fortleben, das sie auch mit Zahlen belegen kann, wenn sie etwa mitteilt, dass zu Beginn der DDR 80 Prozent der Lehrer ehemalige Mitglieder der NSDAP waren, ebenso 45 Prozent der dort wirkenden Ärzte sowie etwa 75 Prozent der Hochschulmediziner.<sup>7</sup> Für Ines Geipel war die postfaschistische DDR der 50er Jahre eine – wie sie treffend formuliert – „Synthese zwischen eingekapseltem Hitler und neuer Diktatur“. In ihrem Buch der Trauer versucht sie die Möglichkeiten auszuloten, die sich den ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern der DDR boten, sich mit der Geschichte Deutschlands im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Dabei kommt sie zu einem pessimistischen Schluss: „Der Osten war in diesem notorischen Debattenfuror zur NS-Geschichte ohne jeden Vorlauf und ohne Boden. Mittels Buchenwald-Doktrin hatte die Staatspartei die Ostdeutschen per se entlastet und zur reinen Opfergesellschaft gemacht. In der DDR galt der Faschismus als ausgerottet, waren die Hauptkriegsverbrecher bestraft, die Institutionen entnazifiziert, das Kapital vergesellschaftet, der Adel enteignet und die Restnazis unisono im Westen untergekröhen. Wiedergutmachungen, die Israel für seine Holocaust-Opfer beanspruchte, lehnte die DDR strikt ab und bezeichnete sie bereits 1953 als ‚zügellose Hetze‘. Eine Zeit antijüdischer Psychose.“<sup>8</sup>

Das Resümee, das diese scharfsinnige Beobachterin zieht, könnte treffender nicht sein: „Der Osten, der sich gegenüber dem Westen immer als die solidarischere Gesellschaft verstand, als ein Hort der Wärme, der Hilfe des

6 Annette Simon, Wut schlägt Scham. Das „Wir sind das Volk“ der AfD als nachgeholter Widerstand, in: „Blätter“, 10/2019, S. 41-50; vorwiegend auf die Entwicklung nach 1989 stellt dagegen Wolfgang Engler ab: Verheißung und Enttäuschung. Die Ostdeutschen und die Demokratie, in: „Blätter“ 8/2019, S. 73-80, anders Christian Bangel, Das Fanal von Halle: Der neue, alte Antisemitismus, in: „Blätter“, 11/2019, S. 13-16

7 Diese Zahlen hat Geipel der Monographie von Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2006, entnommen.

8 Ines Geipel, Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass, Stuttgart 2019, S. 229.

Miteinanders, blendet in Wissenschaft, Bildung und Öffentlichkeit die Verfolgung und Ermordung von sechs Millionen Juden weitgehend aus, ja zog sie nicht einmal ernsthaft in Betracht. Sein Mehrheitsbewusstsein tut das bis heute nicht. Wie ist das erklärbar?“<sup>9</sup>

### **Antisemitismus im Gewand des Antikapitalismus**

Die von Geipel gestellte Frage ist vergleichsweise einfach zu beantworten, nämlich mit den längeren Linien und älteren Traditionen des deutschen Antisemitismus. So hatte die NSDAP, was bisher kaum erwähnt wurde, in den völkisch-protestantischen Gesellschaften des östlichen Deutschlands schon früh vergleichsweise hohe Wahlerfolge aufzuweisen: Ausweislich der bekannten Studie von Jürgen Falter wies die NSDAP bereits 1924 in Nordostdeutschland und der östlichen Mitte des Landes einen Anteil von 8 bzw. 5 Prozent auf, der sich schon 1932 auf 38 bzw. 34 Prozent steigerte.<sup>10</sup> Zum Zweiten aber fehlen der Bevölkerung des Ostens im Vergleich mit der des Westens nicht nur – wie oben bereits beschrieben – eine Kultur der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, sondern bis heute mehrere Jahrzehnte demokratischer Kultur insgesamt: Auf das autoritäre deutsche Kaiserreich folgte von 1919 bis 1933 die kurzlebige Republik von Weimar, und auf die wiederum bis 1945 die nationalsozialistische Diktatur. Während aber im Westen seit 1945 eine zunehmend demokratische Kultur herrschte, wurde im Osten die Form diktatorischer Herrschaft weitere vierundvierzig Jahre – bis 1989 – beibehalten. Das heißt, die ostdeutsche Bevölkerung lebte seit 1933 sage und schreibe sechsundfünfzig Jahre – also zwei bis drei Generationen lang – unter diktatorischen Verhältnissen und ihren autoritären Deformationen. Und schließlich drittens gestattete es die vermeintlich „antiimperialistische“ Haltung der Staatsführung der DDR zum Staat Israel und der damit verbundene Antizionismus eine – wie es heute heißt – neue, „israelbezogene Form“ des Antisemitismus auf jeden Fall zu dulden, wenn nicht sogar offen zu verbreiten.

Nimmt man all dies zusammen, wird klar, dass der mörderische, eindeutig antisemitische Anschlag von Halle zumindest auch das Ergebnis einer im Osten Deutschlands tief verankerten Tradition war: Es ist insofern weit mehr als ein Zufall, dass die Mutter des Täters von Halle, eine Ethiklehrerin, dem „Spiegel“ zu verstehen gab, dass es ihrem Sohn gar nicht um die Juden gegangen sei, sondern um einflussreiche Finanzkreise: „Er hat nichts gegen Juden in dem Sinne. Er hat was gegen die Leute, die hinter der finanziellen Macht stehen – wer hat das nicht?“ Genau: Der Jude als Finanzkapitalist – ein platterer Antisemitismus in Form des vulgär-doktrinären Antikapitalismus geht kaum. Wie hatte August Bebel gesagt: Antisemitismus ist der „Sozialismus der dummen Kerls“ und, möchte man hinzufügen, eines diktatorischen Staatssozialismus namens DDR.

9 Ebd., S. 230.

10 Jürgen Falter, Hitlers Wähler, München 1991.